

Niederschrift

zur 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 03.12.2015	18.00-23.00 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias Rudolph ,

SPD-Fraktion

Katja Dost , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch , Stefan Sarrach , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke bis 20.40 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Sylvaine Meister ,

Gäste

23 Vertreter der Feuerwehr

20 Gäste

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Janett Seiler entschuldigt,
Reinhard Ksink, entschuldigt
Lars Aulich entschuldigt

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und heißt alle Anwesenden herzlich Willkommen. Besonders herzlich wird die neue Fachbereichsleiterin Bürgerdienste, Frau Meister, begrüßt.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 29 Damen und Herren Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es einige Änderungswünsche und –anträge, die bestätigt oder abgelehnt wurden. Aufgrund der umfangreichen Tagesordnungspunkte (TOP´s) änderte sich der Sitzungsverlauf auch im Laufe des Abends, so dass die tatsächliche Reihenfolge der TOP´s hier nochmals aufgeführt wird.

4. Bestätigung der Niederschrift
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Informationen des Bürgermeisters
7. Einwohnerfragestunde
8. Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung
- 8.1. Beschluss über die Feststellung der Anzahl der Stadtverordneten als Mitglied des Hauptausschusses und dessen Neubildung
- 8.2. Parkbühne und Stadtpark brauchen eine funktionierende Infrastruktur
- 8.3. Sozialen Wohnungsbau ermöglichen
- 8.4. Tafel Fürstenwalde finanzieren
- 8.5. Einführung eines Fürstenwalde-Passes
- 8.6. Gefahrenabwehrbedarfsplan
- 8.7. Satzung über Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree, der Ortsbeiräte, der sonstigen Beiräte, der Wahlhelfer sowie für Vertreter der Stadt in rechtlich selbständigen Unternehmen
- 8.8. Erhöhung des Kommanditanteils der KEG Kommunale Energiegesellschaft Ostbrandenburg mbH an der BMV Energie GmbH & CoKG
- 8.9. Finanzierung von Maßnahmen mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen
- 8.10. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten Storkow und Fürstenwalde/Spree
- 8.11. Ausweisung zukünftiger Wildnisgebiete im Stadtforst Fürstenwalde
- 8.12. Wirtschaftsplan 2016 – Stadtforst Fürstenwalde Kommunalen Eigenbetrieb
- 8.13. Satzung der Stadt Fürstenwalde/Spree über die Festlegung von Hebesätzen der Grund- und Gewerbesteuer für das Haushaltsjahr 2016 (Hebesatzsatzung)
- 8.14. Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer in der Stadt Fürstenwalde
- 8.15. Grundsatzbeschluss Sanierung Fassade Gerhard-Goßmann-Grundschule
- 8.16. Baubeschluss Wiedererrichtung Schützenhalle, Buchholzer Chaussee
- 8.17. Bebauungsplan 95 „Kita-Standort Schillerstraße“ hier: Satzungsbeschluss
- 8.18. Bebauungsplan 85 „Wohnen am Martinigarten“ hier: Verkleinerung des Geltungsbereiches, Auslagebeschluss
- 8.19. Bebauungsplan 98 „Gewerbegebiet Julius-Pintsch-Ring“ hier: Aufstellungsbeschluss

- 8.20. Beschluss über die 25. Änderung des FNP (ABC-Lager Hegelstraße)
 - 8.21. Bebauungsplan 91 „Wohnen auf der Ketschendorfer Feldmark I“ hier: Erweiterung des Geltungsbereiches, Auslagebeschluss
 - 8.22. Sicherung der überplanmäßigen Ausgaben für das Förderprojekt im Domumfeld, Abbruch Gewölbe
 - 8.23. Bericht zum Antrag der Fraktion DIE LINKE – Gut für Fürstenwalde: Fahrradfreundliche Kommune
 - 8.24. Beschluss zum Sitzungsplan 2016
 - 9. Informationen der Verwaltung
 - 10. Behandlung von Anfragen
 - 11. Beendigung des öffentlichen Sitzungsteils
- Der Tagesordnung wurde nach erfolgte Diskussion und entsprechenden Anträgen einschließlich der Änderungen insgesamt zugestimmt (2 Enthaltungen, 4 Gegenstimmen) und so verfahren.

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung vom 15.10.2015

Der Abg. Zänker gibt den Hinweis, dass die Bürgerin Heidemarie Kohlich zur Abwasserproblematik sprach.

Der Niederschrift wird bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass es im Pool der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner eine Veränderung gibt. Christin Tietz ist verzogen. Dafür benennt die Fraktion DIE LINKE Herrn Eiko Strey.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung informiert über den am 15.12.2015 stattfindenden Workshop zum Thema Bahnhof und Bahnhofsumfeld. Dafür entfällt die Sitzung des Ausschusses.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister verzichtet angesichts der umfangreichen Tagesordnung auf Ausführungen und Informationen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Dazu meldet sich die Schulleiterin der Theodor-Fontane-Grundschule, Frau Brehm. Sie ist mit dem Mitschnitt und der Wiedergabe ihrer Ausführungen im Tonprotokoll einverstanden.

Frau Brehm geht in ihren Ausführungen vor allem auf den notwendigen Schulerweiterungsbau bzw. eine erweiterte Schulsanierung ein, um den Anforderungen im Stadtgebiet Mitte auch weiterhin gerecht werden zu können.

Stephan Wende bittet, der Schulleitung bzw. einer Lehrerin und den Elternvertretern Rederecht zum entsprechenden TOP zu erteilen. Deshalb werden die weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema

auf später verschoben.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Beschluss über die Festlegung der Anzahl der Stadtverordneten als 6/AN/227 Mitglieder des Hauptausschusses und dessen Neubildung

Nachdem in ausführlicher Debatte um Für und Wider dieser beantragten Veränderung diskutiert und auch auf die Beschlussfassung in der konstituierenden Sitzung hingewiesen wurde, berichtet der Bürgermeister, dass sich die Kommunalaufsicht bereits im Vorfeld dahingehend geäußert habe, dass bei einem entsprechenden Beschluss eine umfassende Rechtsprüfung stattfinden wird. Anschließend meldet sich die Abg. Fiedler zur GeschO zur Wort und bittet, zu einer Abstimmung zu kommen. Abg. Lehmann beantragt eine namentliche Abstimmung.

Name	JA	Nein	Enthaltung
Anke, Ulrich	x		
Apitz, Peter			x
Aulich, Lars entsch.			
Benz, Rene		x	
Dippe, Christian	x		
Dost, Katja	x		
Fiedler, Monika		x	
Fischer, Thomas	x		
Gollmer, Martin		x	
Hamacher, Kai	x		
Hemmerling, Klaus	x		
Henkel, Eberhard		x	
Hilke, Rolf		x	
Hoffrichter, Jens		x	
Koch, Uwe		x	
Krüger, Christina	x		
Ksink, Reinhard entsch.			
Lehmann, Karin		x	
Luban, Jürgen	x		
Miethke, Anja	x		
Petenati, Wolfgang		x	
Radom, Käthe		x	
Rausch, Sebastian	x		
Rudolph, Matthias	x		
Sachse, Gerold		x	
Sarrach, Stefan	x		
Schumann, Petra		x	
Seiler, Janett entsch.			
Teichmann, Jürgen		x	
Wagner, Elke	x		
Wende, Stephan		x	
Zänker, Jens-Olaf		x	
Hengst, Hans-Ulrich		x	

Die Abstimmung ergibt 16 Nein- und 13 Ja-Stimmen sowie 1 Stimmenthaltung. Der Antrag ist somit abgelehnt.

TOP 8.2 "Parkbühne und Stadtpark brauchen eine funktionierende Infrastruktur" 6/AN/229

Von der beantragenden Fraktion begründet der Abg. Wende zunächst ausführlich den Antrag und wirbt für Zustimmung. Abg. Dippe beantragt, diesen Antrag in sämtliche Fachausschüsse zu verweisen. Er bittet damit gleichzeitig die Verwaltung, darzustellen, ob der Betreiber der Parkbühne seinen bisher zugesagten Eigenanteil geleistet hat.

Der Verweisung in die Fachausschüsse wird bei 3 Gegenstimmen zugestimmt.

TOP 8.3 "Sozialen Wohnungsbau ermöglichen" 6/AN/230

Auch zu diesem Antrag spricht zunächst der Abg. Wende. Er wirbt dafür, sozialen Mietwohnungsbau auf kommunalen Grundstücken zu ermöglichen. In der anschließenden Diskussion werden unterschiedliche Auffassungen geäußert. Der Abg. Rudolph regt an, die Diskussion in den Fachausschüssen weiterzuführen. Auch der Abg. Sarrach sieht noch Beratungsbedarf und unterstützt den Antrag von Herrn Rudolph. Der Bürgermeister sagt zu, in den nächsten Wochen geeignete Grundstücke zu eruieren, damit die Fachausschüsse eine Diskussionsgrundlage haben.

Dem Verweisungsantrag in die Fachausschüsse wird mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung zugestimmt.

TOP 8.4 "Tafel Fürstenwalde finanzieren" 6/AN/232

Die einbringende Fraktion DIE LINKE hat das Wort und erläutert den Antrag ausführlich. In der anschließenden Debatte wird in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, den CARISATT-Laden dann ebenso zu bedenken. Mehrheitlich wird jedoch signalisiert, dem Antrag nicht zuzustimmen, da überwiegend Personal- und Verwaltungskosten bezuschusst würden.

Nach Abschluss einer ausführlichen Diskussion wird dieser Antrag mit 8 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Ablehnung

TOP 8.5 Einführung eines "Fürstenwalde-Passes" 6/AN/225

Der Abg. Sarrach wirbt dafür, zunächst eine Grundsatzentscheidung zu treffen und den Antrag dann in die Fachausschüsse zu verweisen.

Nach einigen Wortmeldungen beantragt der Abg. Hamacher, den Antrag ohne Grundsatzbeschluss in die Fachausschüsse zu verweisen, um dort zunächst Rahmenbedingungen festzulegen.

Dem Verweisungsantrag wird bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

TOP 8.6 Gefahrenabwehrbedarfsplan 6/DS/194

Der Bürgermeister leitet die Diskussion mit einigen Hinweisen zu dem erarbeiteten Papier (tatsächlich erreichbare Ziele, weitere Modernisierung der Technik, Kameradenwerbung für die freiwillige

Feuerwehr etc.) ein. Nachdem den Kollegen der Feuerwehr sehr herzlich für ihr Engagement gedankt wurde, wird auch der Bedarf an hauptamtlichen Kräften angesprochen. Unter der Maßgabe des neu zu erreichenden Schutzzieles sowie des Bedarfes an 4 weiteren hauptamtlichen Feuerwehrkräften beantragt die BFZ-Fraktion, den Pkt. 4 des Beschlussvorschlages um folgende Formulierung zu erweitern: ... Ab dem Jahr 2016 sollen für die Feuerwehr Fürstenwalde 4 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Die Fraktion macht ihre Zustimmung zur Beratungsdrucksache von der Zustimmung zu dieser Formulierung abhängig.

Nach ausführlicher Debatte wird dem erweiterten Antrag mit 17 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen zugestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die 1. Fortschreibung des Gefahrenabwehrbedarfsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree zur Kenntnis und beschließt:

1. Um das Schutzziel 1 zu erreichen, soll die 1. Einheit mit einer Mindeststärke von 6 Einsatzkräften innerhalb von 8 Minuten nach Alarmierung durch die Leitstelle am Einsatzort eintreffen. Dieses Ziel soll in mindestens 80 % der Fälle erreicht werden.
2. Um das Schutzziel 2 zu erreichen, soll die 2. Einheit mit einer Mindeststärke von 10 Einsatzkräften innerhalb von 13 Minuten nach Alarmierung durch die Leitstelle am Einsatzort eintreffen. Dieses Ziel soll ebenfalls in mindestens 80 % der Fälle erreicht werden.
3. Die notwendige Ersatzbeschaffung der Fahrzeuge und Geräte ist zu sichern.
4. Die notwendige personelle Ausstattung sowohl der hauptamtlichen als auch der ehrenamtlichen Kräfte ist sicherzustellen. Ab dem Jahr 2016 werden für die Feuerwehr 4 zusätzliche Stellen geschaffen.
5. Der Stadtbrandmeister berichtet jährlich der Stadtverordnetenversammlung über die Einhaltung der Schutzziele 1 und 2.
6. Der Gefahrenabwehrbedarfsplan ist im Jahre 2021 fortzuschreiben.

Zustimmung mit Änderung Ja 24 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 8.7 Satzung über Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree, der Ortsbeiräte, der sonstigen Beiräte, der Wahlhelfer sowie für Vertreter der Stadt in rechtlich selbständigen Unternehmen 6/DS/198

Die Abg. Lehmann beantragt für die CDU-Fraktion, den § 3 (Fraktionsmittel) ersatzlos zu streichen. Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Abg. Dippe spricht sich für eine „Aufwandserfassung“ aus und beantragt im Namen der BFZ-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, den tatsächlichen monatlichen Aufwand festzustellen. Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Über die Satzung insgesamt wird sehr angeregt debattiert, was die BFZ-Fraktion veranlasst, vor der Abstimmung eine 5-minütige Pause zu beantragen.

Nach der Pause wird über die Aufwandsentschädigungssatzung abgestimmt.

Abschließend gibt der Abg. Sachse in einer persönlichen Erklärung zu verstehen, dass die Ausschussvorsitzenden in erheblichem Maße haben Einbußen hinnehmen müssen. Dafür werden u.a. die Ortsbeiräte und deren Mitglieder bessergestellt.

In der Vergangenheit wurden von der Fraktion DIE LINKE insbesondere Stephan Wende und ihm mit diesen Mitteln Fürstenwalder Vereine und Verbände unterstützt. Er sagt zu, diese Unterstützung auch nach der nunmehr getätigten Reduzierung zu gewährleisten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree, des

Ortsbeirates Trebus und Molkenberg, der sonstigen Beiräte, der Wahlhelfer sowie für Vertreter der Stadt in rechtlich selbständigen Unternehmen.

Zustimmung Ja 20 Nein 6 Enthaltung 4

**TOP 8.8 Erhöhung des Kommanditanteils der KEG Kommunale Energiegesell- 6/DS/214
schaft Ostbrandenburg mbH an der BMV Energie GmbH & Co. KG**

Der Abg. Rudolph meint, dass eine Reihe von Fragen offengeblieben ist, die insbesondere im Hauptausschuss von der Fraktion DIE LINKE gestellt wurden. Von Interesse ist besonders, wie die anderen Gesellschafter über diesen Sachverhalt denken. Er stellt ausführlich die Bedenken seiner Fraktion dar und unterbreitet den Vorschlag, den Kaufpreis an die Gesellschafter auszuschütten, die darauf anfallenden Steuern zu zahlen und die Mittel zweckgebunden zur Tilgung eines der teuren Kredite einzusetzen. Des Weiteren bittet er um die Erarbeitung einer wirtschaftlichen Analyse zu diesem Vorschlag. Seine Ausführungen beendet der Abg. Rudolph mit dem Änderungsantrag zur Drucksache dahingehend, dass die STVV vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Gesellschafter der KEG beschließen möge, die in der Drucksache vorgesehene Summe für den Anteilserwerb an die Gesellschafter der KEG auszuschütten.

Der Bürgermeister erklärt in dieser Angelegenheit seine Befangenheit, äußert sich aber als Geschäftsführer der KEG in dieser Sache. Er erläutert, dass sich die KEG aus 50 Gemeinden zusammensetzt, die von 25 Bürgermeistern und Amtsdirektoren vertreten werden. Insofern ist die vorgelegte Drucksache eine gemeinschaftlich gereifte Idee, die im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung ausführlich beraten und angenommen worden ist. Er sei als Geschäftsführer der KEG beauftragt, den Sachverhalt in den Gemeindevertretungen zu erläutern und um Zustimmung zu werben.

Zunächst wird über den Änderungsantrag der BFZ-Fraktion abgestimmt. Dieser wird mit 6 Ja-Stimmen und 19 Gegenstimmen sowie 1 Befangenheit abgelehnt. Abschließend wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Bestätigung der bisher bekannten Rahmendaten zur Entwicklung der BMV Energie GmbH & Co.KG beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Erhöhung des Kommanditanteils der KEG Kommunale Energiegesellschaft Ostbrandenburg GmbH an der BMV Energie GmbH & Co. KG um 1 Mio. € zu einem Kaufpreis von 2.656.250 €.

Zustimmung Ja 19 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 1

**TOP 8.9 Finanzierung von Maßnahmen mit dem Schwerpunkt Bildungsinfra- 6/IV/191
struktur nach dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen**

Zu dieser Informationsdrucksache wird der Vertreterin der Schule, Frau Bahr, mehrheitlich Rede-recht erteilt. Sie berichtet über die unterbrochene Schulsanierung und den damit im Zusammen-hang stehenden geplanten Schulerweiterungsbau. Sie begründet ausführlich, warum die Realisie-rung für die Schule so wichtig wäre.

Die weiteren Wortmeldungen beziehen sich vor allem auf das weitere Verfahren. Es wurden weitere Vorschläge aus den Fachausschüssen bzw. Fraktionen unterbreitet und diskutiert. Die Frage ist, mit welchen konkreten Vorschlägen sich die Stadt an dem KInvFG-Programm beteiligen soll.

Der Erste Beigeordnete schlägt vor, dies im Rahmen des Haushaltsplanentwurfs zu diskutieren und zu überlegen, mit welchen Maßnahmen der Haushaltsplan der Stadt entlastet werden kann und welche Fördermöglichkeiten für welches Programm geeignet sind. Finden sich z.B. keine anderen

Fördermöglichkeiten, plädiert er dafür, die Feuerwehrfahrzeuge aus diesem Programm zu finanzieren. Für die Theodor-Fontane-Grundschule kommt eine Mischfinanzierung in Frage.

Der FBL Stadtentwicklung erläutert, dass der noch folgende TOP Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Gerhard-Goßmann-Grundschule keine Vorentscheidung über das Förderprogramm darstellt. Allerdings ist auch dort dringender Handlungsbedarf in 2016 (Fassadensanierung, energetische Sanierung) geboten und wenn die Finanzierung nicht aus dem KInvFG-Programm erfolgt, dann wird sie seitens der Verwaltung ohne Fördermittel für den HP 2016 vorgesehen.

Der Abg. Fischer stellt nicht die Notwendigkeit sondern die Umfänglichkeit der Goßmann-Schulsanierung zur Disposition und meint, diese Schule sollte mit dem höchstmöglichen Nachhaltigkeitseffekt und effizient saniert werden, anders als es beispielsweise bei der Sigmund-Jähn-Grundschule praktiziert wurde.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion und gibt in Richtung Fontane-Schule zu verstehen, dass heute keine Beschlüsse gefasst werden. Insofern bittet er, auch keine unverbindlichen Hoffnungen zu wecken, die hier und heute nicht erfüllt werden können. Über Prioritäten und Festsetzungen über die Schulsanierungen wird noch zu diskutieren sein.

Kenntnisnahme

TOP 8.10 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten 6/DS/200 Storkow und Fürstenwalde/Spree

Hierüber besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss des anliegenden öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Storkow zu.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.11 Ausweisung zukünftiger Wildnisgebiete im Stadtforst Fürstenwalde/Spree 6/DS/211

Der Abg. Wende fasst den Weg hin bis zu dieser Drucksache nochmals zusammen und ist mit dem vorliegenden Ergebnis (ursprünglich gab es 186 ha, nunmehr werden nur noch 57 ha ausgewiesen) überhaupt nicht zufrieden. Er stellt fest, dass über 131 ha rd. 10 Jahre nicht bewirtschaftet wurden und nun offensichtlich wieder bewirtschaftet werden sollen. Er wirbt sehr dafür, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass es heißt: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die in der Anlage aufgeführten Flächen als zukünftige Wildnisgebiete auszuweisen und beauftragt die Verwaltung und den Stadtforst, die fehlenden 131 ha in einer 2. Drucksache ebenfalls als Wildnisfläche auszuweisen“.

Der Stadtforddirektor nimmt dazu Stellung und begründet hinlänglich, dass es vertretbar ist, die Fläche aus der Nutzung zu nehmen. Natürlich sollen auch auf den anderen Flächen die Naturschutzaspekte integriert werden.

Der Ergänzungsantrag vom Abg. Wende wird mit 7 Ja- und 12 Gegenstimmen sowie 8 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag befunden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführten Flächen als zukünftige Wildnisgebiete auszuweisen.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

TOP 8.12 Wirtschaftsplan 2016 - Stadtforst Fürstenwalde Kommunalen Eigenbetrieb 6/DS/209

Von der BFZ-Fraktion werden zu dieser DS zwei Änderungsanträge vorgetragen. Erstens ist die Fraktion der Ansicht, dass die für den Wegebau Onkel Tom's Hütte eingestellten Mittel nicht ausreichen. Aus diesem Grunde wird beantragt, den Ansatz zu verdoppeln (auf insges. 120 T€) und einen Planungspuffer zu schaffen.

In diesem Zusammenhang wird weiterhin beantragt, den Planansatz einer Ausschüttung (110 T€) an die Stadt Fürstenwalde im Hinblick auf die Unsicherheiten um den Amselweg und alle damit zusammenhängende Vorgänge zu streichen. Darüber sollte sich ggf. dann verständigt werden, wenn tatsächlich ein Überschuss erwirtschaftet wird.

Die Fraktion DIE LINKE spricht gegen beide Anträge. Der Abg. Sachse moniert, dass von der BFZ-Fraktion ständig Vorschläge unterbreitet werden, die mit höheren Ausgaben verbunden sind, ohne dass entsprechende Ideen kommen, wie diese zu finanzieren sind.

Von der BFZ-Fraktion folgt nunmehr eine Gegenrede, bevor über die Anträge abgestimmt wird. Diese werden mit 6 Ja-Stimmen sowie 3 bzw. 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Dann wird über den vorliegenden Wirtschaftsplan 2016 befunden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2016 für den Stadtforst Fürstenwalde – Kommunalen Eigenbetrieb.

Zustimmung Ja 22 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.13 Satzung der Stadt Fürstenwalde/Spree über die Festlegung von Hebesätzen der Grund- und Gewerbesteuer für das Haushaltsjahr 2016 (Hebesatzsatzung) 6/DS/213**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über die Festsetzung von Realsteuerhebesätzen in der Stadt Fürstenwalde/Spree ab dem Haushaltsjahr 2016 (Hebesatzsatzung).

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.14 Einführung der Zweitwohnsitzsteuer in der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/208

Der Erste Beigeordnete macht einige Ausführungen zur Satzung, beantwortet Anfragen und informiert über eine noch vorgeschlagene Korrektur für die bis 18jährigen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Fürstenwalde/Spree (Zweitwohnungssteuersatzung – ZwWStS).

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 8.15 Grundsatzbeschluss Sanierung Fassade Gerhard-Goßmann- 6/DS/207
Grundschule**

Die BFZ-Fraktion plädiert für eine Vertagung und weist nochmals auf die ebenfalls sehr prekäre Raumsituation der Schule hin.

Hilfsweise wurde ein Änderungsantrag vorbereitet, den der Abg. Rudolph vorträgt. Es wird die Erweiterung der Gerhard-Goßmann-Grundschule im notwendigen Umfang, mindestens aber um 2 Fachräume und einen Speiseraum, beantragt.

Der Abg. Wende sieht noch erheblichen Beratungsbedarf im Zusammenhang mit der Entwicklung des Stadtteiles Süd. Unabhängig davon bittet er die Verwaltung, den Handlungsbedarf für die Fontaneschule und die Goßmann-Schule ausführlicher darzustellen. Er wird der Vorlage aber zustimmen, da die Goßmann-Schule nicht für bauliche Instandsetzung oder Erweiterungsbauten gefördert werden kann.

Der FBL Stadtentwicklung stimmt den Ausführungen zu und erläutert, dass die energetische Sanierung in der vorgesehenen Form höchstwahrscheinlich förderfähig ist. Der Abg. Wende und weitere Abgeordnete werden noch einige Fragen auf (in welcher Förderkulisse welche Programme realisiert werden können) und beantragen schließlich, die Vorlage in den Fachausschuss zurückzuverweisen. Herr Tschepe ergänzt seine Erläuterungen um einige wichtige Aspekte und wirbt für die Beschlussfassung in der heutigen Sitzung. Der Abg. Hoffrichter erinnert an die Debatte im Stadtentwicklungsausschuss und daran, dass heute Planungsgrundlagen beschlossen werden sollen, um einen Start im Frühjahr 2016 zu ermöglichen und dann nochmals zu klären, wie die Finanzierung mit welchem Förderprogramm realisiert werden kann. Herr Tschepe berichtet, dass nach den bereits beauftragten LPH 1 und 2, nunmehr die LPH 3 und 4 beauftragt würden.

Der Antrag auf Verweisung in den Fachausschuss wird mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der BFZ wird mit 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen ebenfalls abgelehnt.

Die Vorlage wird wie vorgelegt zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Die Durchführung des Bauvorhabens „Sanierung der Fassade Gerhard-Gossmann-Grundschule“ in der Bahnhofstraße 22 und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur LPH 4 nach HOAI wird beschlossen. Des Weiteren ist diese Maßnahme in die Liste der Förderprojekte nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) aufzunehmen.

Zustimmung Ja 21 Nein 6 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.16 Baubeschluss Wiedererrichtung Schützenhalle, Buchholzer Chaussee 6/DS/193

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ausführung des Bauvorhabens „Wiedererrichtung der Schützenhalle“ in der Buchholzer Chaussee 1 auf der Grundlage der Genehmigungsplanung und die Beauftragung der Planungsleistung von der LPH 5 bis zur LPH 8 nach HOAI durchzuführen.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.17 Bebauungsplan Nr. 95 "Kita-Standort Schillerstraße" hier: Satzungs- 6/DS/202 beschluss

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 a BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils i. V. m. § 4a BauGB, Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt der Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Der Bebauungsplan Nr. 95 "Kita-Standort Schillerstraße" für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flur 150, Flurstücke 298, 299 teilweise und 457, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) wird auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2014 (GVBl. I Nr. 32), und § 10 Bau-gesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722), als Satzung beschlossen. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.18 Bebauungsplan Nr. 85 "Wohnen am Martinigarten" hier: Verkleinerung 6/DS/203 des Geltungsbereiches, Auslagebeschluss

Herr Tschepe weist auf eine materielle Änderung im Plan hin (Bebauung Straße Altstadt/Ecke Henry-Hall-Straße Abstand für sog. Vorgartenzone 3 m).

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für den Bebauungsplan Nr. 85 „Wohnen am Martinigarten“ eine Verkleinerung des Geltungsbereiches um die Flurstücke 75 und 151 teilweise der Flur 106, Gemarkung Fürstenwalde/Spree. Der Geltungsbereich umfasst damit aktuell die Flurstücke 115, 138, 144, 146, 147, 149, 151 teilweise, 152, 154, 155, 156, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 537, 538 teilweise der Flur 106, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 85 „Wohnen am Martinigarten“ (Stand: November 2015) zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.19 Bebauungsplan Nr. 98 "Gewerbegebiet Julius-Pintsch-Ring" 6/DS/221 hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Der Bürgermeister erklärt seine Befangenheit.

Abg. Rudolph erklärt, dass die BFZ-Fraktion diese Vorlage ablehnt, da die Abwicklung der Angelegenheit, speziell des Parkplatzes für NCC über die GIP, einen Umgehungstatbestand nach der Kom-

munalen Haushalts- und Kassenverordnung darstellt und demzufolge nicht zustimmungsfähig ist.

Der Abg. Wende regt an, das Gebiet perspektivisch auch für Wohnzwecke zu öffnen und diesbezügliche Überlegungen weiterzuverfolgen.

In diesem Zusammenhang moniert der Abg. Hoffrichter, dass ein Gesamtkonzept für die Stadt fehlt und gegenwärtig ein „Flickenteppich“ vorliegt. Er meint, man solle sich besinnen und auch wieder eine Gesamtidee vorlegen.

Beschluss:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 98 "Gewerbegebiet Julius-Pintsch-Ring" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für das Gebiet: Flur 82, Flurstücke 291 tw., Flur 94, Flurstücke 34 tw., 76 tw., 416, 417 und 464 tw., Gemarkung Fürstenwalde/Spree, wird beschlossen.

Zustimmung Ja 19 Nein 6 Enthaltung 3 Befangen 1

TOP 8.20 Beschluss über die 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt 6/DS/215 Fürstenwalde/Spree (ABC-Lager Hegelstraße)

Der Abg. Hilke gibt zu verstehen, dass die CDU-Fraktion dieses Vorhaben bekanntermaßen ablehnt, da die Solarstandorte als nicht zielführend angesehen werden und man nicht glaubt, dass der Investor eine bereinigte Waldfläche übergibt.

Auch die BFZ-Fraktion erörtert, dass sie nicht zustimmen wird.

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB keine Stellungnahmen eingegangen sind. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB bzw. § 2 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4a BauGB Stellungnahmen eingegangen sind. Über diese Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Stand: 02.11.2015). Die Begründung (Stand: 02.11.2015) wird gebilligt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung für die 25. FNP-Änderung bei der höheren Verwaltungsbehörde zu beantragen.

Zustimmung Ja 16 Nein 12 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.21 Bebauungsplan Nr. 91 "Wohnen auf der Ketschendorfer Feldmark I" 6/DS/216 hier: Erweiterung des Geltungsbereichs, Auslagebeschluss

Der Abg. Hoffrichter mahnt auch hier eine fehlende Strategie an und meint, man erwarte von der Verwaltung entsprechende Vorschläge, wie das Gebiet in der Topografie und Höhe entwickelt werden sollte.

Herr Tschape erläutert ausführlich, dass eine Reihe von Festsetzungen zum Maß der Nutzung und zur Gestaltung bestehen. Es ist im Detail eine Gratwanderung, da ein B-Plan auch die Interessen der Käufer/Bauherren berücksichtigen sollte.

Auf die Nachfragen des Abg. Wende zur Beeinflussung der Grundstücksgröße und zu der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (Hinweis des Landkreises – artenschutzrechtlichen Fachbeitrag vom

Fachgutachter erarbeiten zu lassen, wurde nicht berücksichtigt) nimmt Herr Tschepe ausführlich Stellung. Der B-Plan legt keine Parzellenstruktur, keine Grundstücksgrenzen fest und so besteht die Möglichkeit im weiteren Verlauf, die Grundstücke unterschiedlich breit zuzuschneiden. Allerdings müssen die Wohnhäuser mit einem gewissen Abstand zur Straße hin stehen, so dass die rückwärtigen Bereiche nicht bebaut (bis auf Nebengelass) werden dürfen.

Zum Artenschutz hat in Abstimmung mit dem LOS eine frühzeitige Untersuchung stattgefunden, insofern Herr Tschepe weiter, wurde die Verwaltung von dieser negativen Stellungnahme sehr überrascht.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für den Bebauungsplan Nr. 91 „Wohnen auf der Ketschendorfer Feldmark I“ die Erweiterung des Geltungsbereiches um eine Teilfläche des Flurstücks 381 der Flur 151, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 91 „Wohnen auf der Ketschendorfer Feldmark I“ (Stand: 05.11.2015) zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.22 Sicherung der überplanmäßigen Ausgaben für das Förderprojekt im 6/DS/189/ Domumfeld, Abbruch Gewölbe 1

Der Abg. Dippe erinnert an die Diskussion im Fachausschuss über die Planungsfehler des beauftragten Planungsbüros. Der Ausschuss vertrat die Auffassung, dass hier Regressansprüche –sofern sie bestehen- geltend gemacht werden sollten. Er bittet deshalb, den Beschlussvorschlag um eine entsprechende Formulierung zu ergänzen.

Es wird einstimmig darüber befunden, die Verwaltung zu beauftragen, Regressansprüche rechtlich zu prüfen und zu versuchen, diese durchzusetzen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Rücknahme des Beschlusses zum ersten Punkt (Ordnungsmaßnahme Jagdschlossgelände) der DS 6/189 zu.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der unabweisbaren überplanmäßigen Ausgabe bis zu einer Höhe von 161.000 € zu.

Die Mehrausgaben werden aus dem Ausgabekonto des Haushaltsplanes gedeckt, die für die Projekte im Förderprogramm Aktive Stadtzentren (Konto 19 310 00, Kostenträger 511 30 60) vorgesehen waren.

Zunächst soll die Verwaltung aber rechtlich prüfen, ob Regressansprüche bestehen und versuchen, diese durchzusetzen.

Zustimmung mit Änderung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.23 Bericht zum Antrag der Fraktion DIE LINKE "Gut für Fürstenwalde: Fahrradfreundliche Kommune" vom 29.05.2015 6/DS/222

Der Abg. Wende erklärt, dass man den Abarbeitungsstand zu diesem Antrag zunächst dankend zur Kenntnis nehme. Nunmehr sind auch die Fraktionen aufgerufen, sich an der Erarbeitung der Aufgaben- und Zielstellung zu beteiligen.

Herr Tschepe fügt an, dass für die Mitgliedschaft in der AG Fahrradfreundliche Kommune bis zu 3.000 €/Jahr aufzubringen wären. Außerdem sollte man sich nachweislich in besonderer Weise für

den Radwegeverkehr (Maßnahmeliste, Mobilitätskonzept o.ä.) einsetzen. Herr Apitz erinnert, dass ein Radwegekonzept als Arbeitsgrundlage in der Stadt vorhanden ist und daran weitergearbeitet werden könnte.

TOP 8.24 Beschluss zum Sitzungsplan 2016

Der Sitzungsplan wird einschließlich der Änderungswünsche, den Ausschuss für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt betreffend, abgestimmt und beschlossen.

Die Abg. Wagner weist darauf hin, dass künftig wieder die Sitzungen des Kreistages Berücksichtigung finden sollten.

Es ist 23.00 Uhr und die Sitzung wird gemäß GeschO geschlossen. Die Fortsetzungssitzung findet wie mit der Einladung bereits vorgemerkt, am Montag, dem 07.12.2015, statt.

Jürgen Teichmann
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Franka Koch
Schriftführerin